

POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

GEWERKSCHAFTEN IN POLEN

■ ANALYSE	
Die fragmentierte Gewerkschaftsbewegung in Polen: das schwierige Erbe von 1989	2
Bastian Sendhardt, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt/Büro Berlin	
■ DOKUMENTATION	
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände, Branchenverbände und Einzelgewerkschaften in Polen	7
■ UMFRAGE	
Zur Präsenz von Gewerkschaften in Polen	8
Einstellungen der polnischen Bevölkerung zu Gewerkschaften	10
■ STATISTIK	
Covid-19 in Polen	13
■ CHRONIK	
Covid-19-Chronik, 6. – 19. Oktober 2020	15
■ CHRONIK	
6. – 19. Oktober 2020	19

Die fragmentierte Gewerkschaftsbewegung in Polen: das schwierige Erbe von 1989

Bastian Sendhardt, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt/Büro Berlin

DOI: 10.31205/PA.263.01

Zusammenfassung

Die polnischen Gewerkschaften sehen sich zahlreichen Herausforderungen gegenüber. Hierzu zählen die historisch bedingte Fragmentierung in mehrere konkurrierende Gewerkschaftsverbände, die Überalterung, der Mitgliederschwund und damit verbunden der geringe Organisationsgrad unter den Arbeitnehmern. Politisch markiert die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der aktuellen Regierung von Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość* – PiS) einen Wendepunkt im Verhältnis der Gewerkschaften zur Regierung. Doch auch wenn Maßnahmen wie das neue Kindergeld »500 Plus«, der frühere Renteneintritt und der erhöhte Mindestlohn auf große Zustimmung stoßen, bleiben zahlreiche Probleme bestehen. Hierzu zählen beispielsweise die notorisch niedrigen Gehälter gerade im öffentlichen Sektor, was sich etwa im Streik der Lehrer 2019 zeigte. Gleichzeitig gelang es der Regierung bislang stets, Arbeitskämpfe für sich zu entscheiden, indem Konflikte ausgesessen oder für die Regierung günstige Kompromisse geschlossen wurden.

Anders als in Deutschland wird die Gewerkschaftslandschaft in Polen gleich von drei Gewerkschaftsverbänden dominiert, in denen insgesamt rund 1,7 Millionen Mitglieder organisiert sind. Dies sind die Unabhängige Selbstverwaltete Gewerkschaft »*Solidarność*« (*Niezależny Samorządny Związek Zawodowy »Solidarność«* – NSZZ *Solidarność*), der Gesamtpolnische Gewerkschaftsverband (*Ogólnopolski Związek Zawodowy* – OPZZ) und das Gewerkschaftsforum (*Forum Związków Zawodowych* – FZZ). Zum Verständnis dieses »kompetitiven Pluralismus« (Juliusz Gardawski) in der polnischen Gewerkschaftswelt ist es notwendig, einen Blick in die jüngere Vergangenheit zu werfen.

Die Wurzeln dieses Nebeneinanders mehrerer Gewerkschaftszentralen liegen im kommunistischen Polen vor 1989. Hier gründete sich 1980 die oppositionelle Gewerkschaft *Solidarność*, die bis heute als Ikone des Systemwandels in Polen und der gesamten Region Ostmitteleuropa im Jahr 1989 gilt. Freilich war die *Solidarność* um ihren Anführer Lech Wałęsa vor 1989 mehr als eine Gewerkschaft zur Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen. Sie war von Beginn an auch eine soziale Bewegung, die den kommunistischen Staat politisch herausforderte. Gleichzeitig steht die *Solidarność* sinnbildlich für den Bedeutungsverlust, den die polnischen Gewerkschaften seit der Transformationszeit bis heute erlitten haben. Dies macht ein Blick auf die Entwicklung der Mitgliederzahlen deutlich: Hatte die *Solidarność* in ihrer Hochphase in den frühen 1980er Jahren fast zehn Millionen Mitglieder, so schrumpfte diese Zahl auf nur mehr eine Million zu Beginn der 1990er Jahre und hat heute mit etwa 600.000 bis 800.000 Mitgliedern einen vorläufigen Tiefstand erreicht.

Auch die Wurzeln der zweiten großen Gewerkschaftszentrale, des OPZZ, reichen in die Zeit der Volks-

republik zurück. Die 1984 gegründete Gewerkschaft war nach der Einführung des Kriegsrechts 1981 und dem endgültigen Verbot der *Solidarność* im Folgejahr die staatliche Antwort auf den offensichtlich gewordenen Bedarf nach gewerkschaftlicher Organisation. Der staatlich gelenkte OPZZ stand somit von Beginn an im Gegensatz zu der oppositionellen, von zivilgesellschaftlichem Engagement getragenen *Solidarność*. Diese Konfliktlinie zwischen regierungstreuer und oppositioneller Gewerkschaftsorganisation prägte auch die Transformationszeit der 1990er Jahre: *Solidarność*-Aktivisten, die zu Zeiten der Volksrepublik oftmals interniert wurden und sich vielfach staatlichen Repressionen ausgesetzt sahen, pflegten verständlicherweise eine große Distanz bzw. offene Abneigung zum, nun postkommunistisch gewendeten, OPZZ. Dabei ging es nicht nur um die Frage, wer bei der Auseinandersetzung zwischen kommunistischer Regierung und demokratischer Opposition in den 1980er Jahren auf welcher Seite gestanden hatte, sondern auch um materielle Fragen. Schließlich hatte der OPZZ nach dem Verbot der *Solidarność* deren Vermögen übernommen, was ihm 1989 eine institutionell und finanziell günstige Ausgangslage verschaffte. Auch aus diesem Grund war die *Solidarność* lange nicht bereit, ihren Alleinvertretungsanspruch für die polnischen Arbeitnehmer im internationalen Gewerkschaftskontext aufzugeben. Es dauerte letztlich bis zum Jahr 2006, als die *Solidarność* ihren Widerstand gegenüber einer Mitgliedschaft des OPZZ im Europäischen Gewerkschaftsbund schlussendlich aufgab.

Auch politisch wirkt die frühe Konfliktlinie bis heute nach. Während sich die *Solidarność* noch immer als »Erbin der oppositionellen Reformbewegung« (Vera Trappmann) sieht, steht der OPZZ in der Tradition

der linken, ehemals kommunistischen Arbeiterbewegung. Die *Solidarność* besitzt auch nach 1989 enge Verbindungen zur katholischen Kirche und ist politisch rechtskonservativ. Sie hatte in den 1990er Jahren mit der Wahlaktion *Solidarność (Akcja Wyborcza Solidarność – AWS)* ihre politische Vertretung im Parlament und lässt sich heute weitgehend dem Lager der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) zuordnen. Der *OPZZ* hingegen ist weltanschaulich offiziell liberal, was jedoch nicht immer die Ansichten der Mitglieder widerspiegeln muss. Politisch steht er der postkommunistischen Demokratischen Linksalianz (*Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD*) nahe. Die dritte große Gewerkschaftszentrale, das Gewerkschaftsforum, wurde 2002 als Reaktion auf den Konflikt zwischen *Solidarność* und *OPZZ* als dezidiert politisch neutrale Alternative gegründet.

Rahmenbedingungen der Gewerkschaftsarbeit

Laut einer repräsentativen Umfrage des Zentrums zur Erforschung der Gesellschaftlichen Meinung (*Centrum Badania Opinii Społecznej, CBOS*) aus dem Jahr 2019 gehören knapp unter 1,7 Mio. der rund 13 Millionen Arbeitnehmer in Polen einer Gewerkschaft an, was einem Organisationsgrad von 12,9 Prozent entspricht. Demnach zählt die *Solidarność* rund 820.000 Mitglieder, der *OPZZ* 440.000, das *FZZ* noch 290.000, während die übrigen gut 130.000 Gewerkschafter anderweitig organisiert sind. Die Verteilung zwischen den drei Gewerkschaftszentralen unterscheidet sich erheblich von denjenigen aus dem Jahr 2017 und auch von den Schätzungen anderer Institutionen wie etwa der Friedrich-Ebert-Stiftung (siehe Tabelle 1 auf Seite 7). Die erheblichen Differenzen lassen sich durch Mitgliederwanderungen, Betriebsschließungen und Erfolge bei der Mitgliederwerbung kaum hinreichend erklären. Laut Experten wie Juliusz Gardawski könnten Stichprobenfehler ursächlich sein. Gleichzeitig sind genaue Mitgliederzahlen auch anderweitig kaum zu ermitteln. Oftmals verfügen die Gewerkschaftszentralen selbst nicht über präzise Informationen, etwa wenn die einzelnen Betriebsgewerkschaften keine exakten Zahlen übermitteln. Einzig die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder insgesamt scheint einigermaßen verlässlich.

Doch wie lässt sich dieser, gerade aus deutscher Sicht, niedrige Organisationsgrad erklären? Die prinzipielle Voraussetzung für die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft ist die Gründung einer Betriebsgewerkschaft. Hierfür sind mindestens zehn Beschäftigte als Gründungsmitglieder nötig. Waren lange Zeit nur abhängig Beschäftigte mit einem Arbeitsvertrag (*umowa o pracę*) zur Mitgliedschaft berechtigt, wurde das Gewerkschaftsgesetz 2018 auf der Basis eines Urteils des Ver-

fassungstribunals (*Trybunał Konstytucyjny*) geändert. Seitdem haben alle Beschäftigten eines Unternehmens einschließlich Selbstständiger, Werkvertragsbeschäftigter und Praktikanten das Recht, Gewerkschaftsmitglieder zu werden. Dennoch liegt der gewerkschaftliche Organisationsgrad bei gerade einmal 12,9 Prozent, mit fallender Tendenz. Vor allem zwei Gründe scheinen hier ausschlaggebend zu sein. Zum einen ist die polnische Unternehmensstruktur von Klein- und Kleinstbetrieben geprägt. 96 Prozent aller Unternehmen haben weniger als zehn Beschäftigte und rund 40 Prozent aller Beschäftigten sind in solchen Klein- bzw. Kleinstunternehmen tätig. Für diese Arbeitnehmergruppe ist die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft praktisch nicht möglich. Zum anderen ist gerade für junge Berufseinsteiger oft nicht ersichtlich, welche Vorteile die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft für sie persönlich hat, gesetzt den Fall, dass sie überhaupt von der Existenz einer Gewerkschaft in ihrem Betrieb oder der Möglichkeit, eine Betriebsgewerkschaft zu gründen, wissen. Darüber hinaus kam es in vergangenen Jahren immer wieder zu Kündigungen von Personen, die eine Gewerkschaft gründen wollten, so etwa im Einzelhandel.

Demnach ist es wenig verwunderlich, dass fast drei Viertel aller Gewerkschaftsmitglieder in den mitarbeiterstarken staatlichen, kommunalen oder öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen zu finden sind und nur weniger als jeder fünfte Gewerkschafter in einem privaten Unternehmen tätig ist. Als Faustregel gilt: je größer das Unternehmen, desto größer die Wahrscheinlichkeit der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft. Laut einer *CBOS*-Umfrage aus dem Jahr 2019 arbeiten 87 Prozent der befragten Gewerkschaftsmitglieder in einem Unternehmen mit mindestens 50 Mitarbeitern und 47 Prozent in einem Unternehmen mit mindestens 250 Beschäftigten.

Auch bei Tarifverhandlungen, dem Kerngeschäft gewerkschaftlicher Tätigkeit, bietet das polnische Gewerkschaftssystem etliche Herausforderungen. Derzeit ist schätzungsweise jedes vierte Arbeitsverhältnis in Polen über einen Tarifvertrag abgedeckt. Dabei existieren die meisten Tarifvereinbarungen auf Betriebsebene, regionale und Branchentarifverträge haben eine nur geringe und zudem abnehmende Bedeutung. Im Prinzip sind alle Betriebsgewerkschaften tariffähig, allerdings müssen sie vor den Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite eine gemeinsame Position aller Betriebsgewerkschaften vorlegen, was angesichts des Gewerkschaftspluralismus bisweilen ein außerordentliches Hindernis sein kann. Zu den Extremfällen gehörte die *Kompania Węglowa*, einst Polens größter Kohlekonzern, bei dem sage und schreibe 177 Gewerkschaften aktiv waren. Gelangen die Gewerkschaften zu keiner Einigung, sind nur diejenigen Gewerkschaften zu Tarifverhandlungen

berechtigt, die repräsentativ sind, also entweder einem überbetrieblichen Gewerkschaftsverband mit mindestens 300.000 Mitgliedern angehören und mindestens sieben Prozent der Belegschaft zu ihren Mitgliedern zählen bzw. kein Mitglied eines repräsentativen Verbandes sind und mindestens zehn Prozent der Belegschaft umfassen. Neben der geringen Organisationsstärke und der oftmals eingeschränkten Tariffähigkeit leiden die polnischen Gewerkschaften unter Nachwuchsmangel und damit verbunden unter Überalterung und Mitgliederschwind. Lag das Durchschnittsalter der Gewerkschaftsmitglieder 2009 noch bei 41 Jahren, so ist es bis 2019 auf bereits 47 Jahre gestiegen.

Ein zentrales Problem der polnischen Gewerkschaften liegt in ihrer mangelnden Sichtbarkeit nach außen. Laut einer CBOS-Umfrage von 2019 wissen 35 Prozent von der Existenz einer Gewerkschaft in ihrem Betrieb, 53 Prozent gaben an, in einem Betrieb ohne Gewerkschaft zu arbeiten und ganze zwölf Prozent wussten nicht, ob es in ihrem Betrieb eine Gewerkschaft gibt. Auch in der polnischen Öffentlichkeit scheint nur wenig über die Aktivitäten der Gewerkschaften bekannt zu sein. Während mehr Befragte die Arbeit der Gewerkschaften positiv (38 Prozent) als negativ (21 Prozent) einschätzen, haben ganze 41 Prozent zu der Frage überhaupt keine Meinung. Danach gefragt, wie effektiv die Gewerkschaften die Interessen von Arbeitnehmern in Polen schützen, gaben 40 Prozent »nicht effektiv« an, 27 Prozent »effektiv«, während rund ein Drittel keine Meinung zu dem Thema hat.

Die Gewerkschaften unter der Regierungskoalition PO-PSL (2007–2015)

Die Zusammenarbeit zwischen der von Ministerpräsident Donald Tusk geführten Regierungskoalition – bestehend aus Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska* – PO) und Polnischer Bauernpartei (*Polskie Stronnictwo Ludowe* – PSL) – und den Gewerkschaften stand von Anfang an unter keinem guten Stern. Die 2007 gewählte erste Regierung Tusk trat mit dem Vorhaben an, den bestehenden Reformstau in Polen (z. B. im Gesundheitswesen, Rentensystem und Bildungswesen) in Angriff nehmen zu wollen. Damit weckte die PO, die zu keiner der Gewerkschaften eine engere Beziehung unterhält, das Misstrauen der Gewerkschaften, die nicht zuletzt um alte Vorrechte und Privilegien fürchteten. Dennoch trat der Dissens zwischen Gewerkschaften und Regierung erst in der zweiten Amtszeit Tusks in Gänze zutage.

Der soziale Dialog zwischen den Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und der Regierung war damals noch in der Trilateralen Kommission für sozio-ökonomische Angelegenheiten (*Trójstronna Komisja do Spraw Społeczno-Gospodarczych*) organisiert. Nach der Bestätigung der Regierungskoalition in den Wahlen im Herbst

2011 benannte Ministerpräsident Tusk mehrere Monate lang keinen Vorsitzenden für die Trilaterale Kommission von Regierungsseite, was deren Arbeit faktisch unmöglich machte und den sozialen Dialog zum Stillstand brachte. Gleichzeitig brachte die Regierung in ihrer zweiten Amtszeit mehrere Gesetze auf den Weg, die Kernerungenschaften der Gewerkschaften zu beschneiden drohten. Dies betraf einerseits die schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters von 60 Jahren für Frauen und 65 Jahren für Männer auf nunmehr einheitlich 67 Jahre. Sie wurde Mitte 2012 verabschiedet und trat zum 1. Januar 2013 in Kraft. Weder die Regierung Tusk, die das Gesetz im Sejm verabschiedete, noch der damalige Präsident Bronisław Komorowski, der es unterzeichnete, hatten die Angelegenheit mit den Sozialpartnern konsultiert. Laut einer CBOS-Umfrage lehnte eine klare Mehrheit der Polen die Gesetzesänderung ab. Und so gelang es der *Solidarność*, zwei Millionen Unterschriften von Unterstützern zu sammeln, die in einem landesweiten Referendum über die Gesetzesänderung abstimmen wollten, was von der Regierung wiederum abgelehnt wurde. Die andere einschneidende Gesetzesänderung betraf weitgehende Änderungen im Arbeitsrecht bezüglich der Flexibilisierung der Arbeitszeit. Zwar stellte der Arbeitsminister die Regierungsvorschläge in der Trilateralen Kommission vor, er stellte sie allerdings nicht zur Debatte. In der Folge verließen die drei Gewerkschaftsverbände *Solidarność*, *OPZZ* und *FZZ* im Juni 2013 geschlossen die Kommission und brachten den sozialen Dialog in Polen damit zum Erliegen.

Es war vor allem die Gegnerschaft zur Regierung Tusk und ihrer die Gewerkschaften missachtenden Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die die drei Gewerkschaftsverbände zusammenschweißte. Fortan kam es zu gemeinsamen Protesten und Demonstrationen, und man sah die drei Vorsitzenden Piotr Duda (*Solidarność*) und die zwischenzeitlich verstorbenen Tadeusz Chwałka (*FZZ*) und Jan Guz (*OPZZ*) häufiger gemeinsam bei Veranstaltungen auftreten. Ihren Höhepunkt erreichte die Zusammenarbeit der konkurrierenden Gewerkschaftsverbände im September 2013, als knapp zwei Millionen Menschen in Warschau unter dem Motto »Schluss mit der Geringschätzung der Gesellschaft« gegen die Beschneidung der Arbeitnehmerrechte vonseiten der Regierung Tusk demonstrierten. Zu den zentralen Forderungen der Demonstrierenden zählten die Abschaffung der kürzlich eingeführten Flexibilisierung der Arbeitszeit, die Einführung verbindlicher Volksentscheide bei Vorlage von mindestens 500.000 Unterschriften und die Erhöhung des staatlichen Mindestlohns. Die Ironie, dass es eine wirtschaftsliberal orientierte Regierung war, die die konkurrierenden polnischen Gewerkschaften zumindest zeitweilig einte, war auch den Beteiligten nicht entgangen. So bezeichnete

es *Solidarność*-Chef Piotr Duda in einem Zeitungsinterview im Mai 2013 als »Verdienst des Ministerpräsidenten« Tusk, dass er die drei Gewerkschaftszentralen geeint habe.

Die Gewerkschaften unter der PiS-Regierung (seit 2015)

Das Jahr 2015, in dem die *PiS* erst die Präsidentschafts- und später die Parlamentswahlen für sich entscheiden konnte, war gleichbedeutend mit dem Ende der engen Zusammenarbeit zwischen den drei großen Gewerkschaftsverbänden. Bereits im Vorfeld der Wahlen für das höchste Staatsamt hatten sich die *Solidarność* und der Präsidentschaftskandidat der *PiS*, Andrzej Duda, auf einen Deal geeinigt und diese Vereinbarung auch öffentlichkeitswirksam unterzeichnet. Darin bekräftigte die *Solidarność* ihre Unterstützung für Duda, der sich im Gegenzug dazu verpflichtete, im Falle seines Wahlsiegs zentrale Gewerkschaftsforderungen umzusetzen. Hierzu zählte nicht zuletzt, dass die von der Vorgängerregierung eingeführte Erhöhung des Renteneintrittsalters rückgängig gemacht werden würde. Selbstverständlich war es keine Überraschung, dass die *Solidarność* Duda unterstützte. Schließlich gilt die christlich-konservativen Werten verpflichtete Gewerkschaft seit jeher als Befürworter der *PiS*. Bemerkenswert schien hingegen die klare Positionierung der *Solidarność* in politischer Hinsicht. Zwar befürworteten auch die beiden anderen großen polnischen Gewerkschaftsverbände *OPZZ* und *FZZ* die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Reformen der *PiS* (z. B. Einführung des Kindergeldes »500 Plus«, Anhebung des Mindestlohns, Absenkung des Renteneintrittsalters), allerdings folgten sie der *Solidarność* nicht in ihrer politischen Unterstützung der Regierung etwa in Bezug auf die umstrittenen Justizreformen.

Aufgrund ihrer Sonderbeziehung zur *PiS* ist die *Solidarność* derzeit die einzige Gewerkschaft, die bisweilen Gehör bei der Regierung findet, sich ihr gegenüber meist loyal verhält und dabei auch Konflikte und Zerwürfnisse mit anderen Gewerkschaften in Kauf nimmt, vor allem wenn sie ohne Absprache mit den anderen Gewerkschaften Sondervereinbarungen mit der Regierung trifft – so geschehen während des landesweiten Lehrstreiks 2019. Die im *OPZZ* organisierte Gewerkschaft der Polnischen Lehrerschaft (*Związek Nauczycielstwa Polskiego* – *ZNP*) hatte im April 2019 zur Arbeitsniederlegung aufgerufen. Grund waren einerseits die notorisch niedrigen Gehälter der Lehrkräfte sowie die 2017 von der *PiS* beschlossene Schulreform, mit deren Folgen die Lehrer bis heute zu kämpfen haben. Nachdem die Verhandlungen zwischen der *ZNP* und der Regierung gescheitert waren, beschloss die Gewerkschaft auf der Basis eines Mitgliederreferendums, ab dem 8. April in einen unbefristeten Streik zu treten, um den eigenen

Forderungen Nachdruck zu verleihen. Gefordert wurden eine Lohnerhöhung um mindestens 1.000 Zloty sowie die Absetzung der Bildungsministerin Anna Zalewska. Der *ZNP* zufolge beteiligten sich rund zwei Drittel der polnischen Lehrerschaft und ca. drei Viertel der 20.000 Bildungseinrichtungen im Land. Als Hauptdruckmittel sollten die Abschlussprüfungen für Schüler der Mittelstufe dienen, die im gleichen Zeitraum stattfanden. Letztlich gelang es der Regierung jedoch, die Prüfungen mithilfe von freiwilligem Aufsichtspersonal durchzuführen und somit verpuffte der Streik nahezu wirkungslos. Am 27. April wurde die Arbeitsniederlegung ausgesetzt, ohne dass die Regierung zu einem Entgegenkommen bewegt werden konnte. An dem Streik lassen sich auch alte Differenzen zwischen den Gewerkschaften ablesen. Während die im *FZZ* organisierten Lehrkräfte sich dem Streik der *ZNP* anschlossen, schloss die Bildungssektion der *Solidarność* am Vorabend des Streikbeginns eine separate Vereinbarung mit der Regierung (die für alle Lehrer galt). Diese beinhaltete eine Lohnerhöhung um 9,6 Prozent ab September 2019, schnellere Aufstiegsmöglichkeiten und damit einen schnelleren Zugang zu besserer Entlohnung und eine Einmalzahlung i. H. v. 1.000 Zloty für Berufsanfänger. Die Regierung saß den Streik aus und ging als klarer Sieger aus der Auseinandersetzung hervor, die *ZNP* wiederum zeigte, dass selbst eine mitgliederstarke Gewerkschaft gegenüber der Regierung nicht zur Durchsetzung der eigenen Interessen in der Lage ist. Als Sieger ging zudem die *Solidarność* hervor, deren Regierungsnähe und damit verbundene Durchsetzungsfähigkeit von Arbeitnehmerinteressen zum Alleinstellungsmerkmal in der polnischen Gewerkschaftslandschaft geworden ist.

Doch auch die Einflussmöglichkeiten der *Solidarność* sind begrenzt. Gerade in der ersten Legislaturperiode machte die *PiS*-geführte Regierung wegen ihres hohen Reformtempos Schlagzeilen, bei dem Gesetze häufig in Nacht- und Nebelaktionen durchs Parlament gepeitscht wurden. Dies bekam auch die *Solidarność* zu spüren. Nachdem der soziale Dialog in der Trilateralen Kommission unter der Vorgängerregierung der Bürgerplattform faktisch zum Erliegen gekommen war, setzten die Gewerkschaften große Hoffnungen in den neuen Rat für Sozialen Dialog (*Rada Dialogu Społecznego* – *RDS*), der bereits im Juli 2015 und damit kurz vor dem Wahlsieg der *PiS* seine Arbeit aufnahm. Zwar markierte der *RDS* zweifelsohne einen Neustart in den Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Regierung, allerdings kritisierten selbst Vertreter der *Solidarność*, dass die Regierung den *RDS* zu gewerkschaftsrelevanten Gesetzesvorhaben oftmals nicht ausreichend konsultiere, sondern lediglich informiere. Stattdessen setzt die Regierung auf Maßnahmen, die die Arbeitnehmer direkt ansprechen, ohne den Umweg über den sozialen Dialog

zu nehmen. Hierzu zählen sozialpolitische Meilensteine wie die Einführung des populären Kindergeldes »500 Plus«, aber auch die Erhöhung des monatlichen Mindestlohns im Jahr 2017. Nachdem sich die Gewerkschaften wochenlang öffentlichkeitswirksam über die angemessene Höhe des Mindestlohns auseinandergesetzt hatten, erhöhte die *PiS* den gesetzlichen Mindestlohn kurzerhand auf 2.000 Zloty und übertraf damit sämtliche Forderungen seitens der Gewerkschaften. Folglich verwundert es auch nicht, dass sich vor allem die Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder ausgesprochen zufrieden mit der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik der *PiS* zeigt. Zudem versteht es die gegenwärtige polnische Regierung, Konflikte mit den Gewerkschaften entweder auszusitzen (siehe Lehrerstreik) oder zu pragmatischen Vereinbarungen zu gelangen, so zuletzt geschehen im Rahmen des Streiks in den oberschlesischen Zechen.

Ende September 2020 traten über einhundert Bergleute mehrerer Zechen in Oberschlesien in einen Streik, um die Regierung zur Unterstützung der kaum zukunftsfähigen Industrie zu bewegen. Die Regierung entsandte eine Delegation, Präsident Andrzej Duda sprach mit *Solidarność*-Chef Piotr Duda. Die zur staatlichen Polnischen Bergbaugruppe (*Polska Grupa Górnicza* – *PGG*) gehörigen Gruben sind von der Regierung für eine Schließung vorgesehen. Die Proteste sind eine Reaktion auf die neue Energie-Strategie der Regierung, die den Kohleausstieg des Landes weitaus zügiger vorantreiben möchte, als dies bisher der Fall war. Derzeit werden 73 Prozent der in Polen erzeugten Energie aus Kohle gewonnen, ein EU-weiter Spitzenwert. Laut der neuen Strategie soll dieser Wert bis 2030 auf 56 Prozent, 2040 auf 28 Prozent sinken. Für die Gewerkschaften einschließlich der *Solidarność* ist dies eine besondere Herausforderung, schließlich stehen in der Bergbauindustrie, in der die Gewerkschaften nach wie vor auf einen hohen Organisationsgrad blicken, zehntausende Arbeitsplätze auf dem Spiel und mittelbar auch eine große Zahl an Gewerkschaftsmitgliedern. Die polnische Bergbauindustrie ist nicht zuletzt durch

die Corona-Krise stark gebeutelt worden. Aufgrund von Nachfrageeinbrüchen und Zechenschließungen sowie von Corona-Ausbrüchen hat die *PGG* im ersten Halbjahr 2020 bereits einen Verlust von 548 Mio. Zloty gemacht. Ein noch zu beschließender Restrukturierungsplan der Regierung sieht indes Unterstützungsleistungen für die *PGG* in Höhe von bis zu 1,7 Mrd. Zloty vor, die aus dem Polnischen Entwicklungsfonds kommen sollen. Letztendlich einigten sich die Regierung und die Bergbaugewerkschaften auf ein Ende der Kohleförderung im Jahr 2049. Bis dahin soll der polnische Bergbau von der Regierung subventioniert werden. Die Vereinbarung garantiert den Bergleuten eine Weiterbeschäftigung bis zur Rente bzw. Abfindungen bei vorzeitiger Entlassung.

Fazit

Insgesamt hat sich die Situation aus Sicht der Gewerkschaften mit dem Amtsantritt der *PiS*-geführten Regierung im Herbst 2015 verbessert. Die wirtschaftliche Entwicklung war bis zum Beginn der Corona-Pandemie äußerst positiv, zudem setzte die Regierung zahlreiche gewerkschaftsfreundliche arbeitsmarkt- und sozialpolitische Reformen ins Werk. Darüber hinaus verfügt mit der *Solidarność* zumindest einer der drei großen Gewerkschaftsverbände über einen direkten Zugang zur Regierung. Gleichzeitig scheinen gerade im öffentlichen Sektor, also im Gesundheits- und Schulwesen sowie in Justiz und Verwaltung, in näherer Zukunft Konflikte unvermeidlich. Die notorisch niedrigen Gehälter gepaart mit unzureichenden Arbeitsbedingungen haben hier zu großer Unzufriedenheit geführt. Dem hat die *PiS* bislang kaum etwas entgegenzusetzen vermocht. Doch gerade jetzt in der Corona-Krise ist die Regierung auf das Funktionieren und die Loyalität dieser »systemrelevanten« Berufsgruppen angewiesen. Jüngste Äußerungen aus der Regierung, die dem Gesundheitspersonal mangelnde Tatkraft bei der Bekämpfung der Pandemie vorwerfen, dürften jedenfalls kaum geeignet sein, das bestehende Konfliktpotenzial im öffentlichen Sektor zu entschärfen.

Über den Autor

Bastian Sendhardt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Berliner Büro des Deutschen Polen-Instituts, Darmstadt. Zuvor war er mehr als acht Jahre bei der Vertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Warschau für die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften verantwortlich.

DOKUMENTATION

Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände, Branchenverbände und Einzelgewerkschaften in Polen

Tabelle 1: Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Polen

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Niezależny Samorządny Związek Zawodowy »Solidarność«, NSZZ Solidarność (Unabhängige selbstverwaltete Gewerkschaft »Solidarität«)	Vorsitz: Piotr Duda Stv. Vorsitz: Bogdan Biś, Tadeusz Majchrowicz, Jerzy Jaworski, Bogdan Kubiak	600.000	IGB, EGB
Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych, OPZZ (Gesamtpolnischer Gewerkschaftsverband)	Vorsitz: Andrzej Radzikowski Stv. Vorsitz: Barbara Popielarz, Piotr Ostrowski, Sebastian Koćwin	559.000	IGB, EGB
Forum Związków Zawodowych, FZZ (Gewerkschaftsforum)	Vorsitz: Dorota Gardias Stv. Vorsitz: Rafał Jankowski, Waldemar Lutkowski, Krystyna Ptok, Marek Mnich, Dariusz Trzcionka, Jan Przywoźny	200.000	EGB

IGB – Internationaler Gewerkschaftsbund; EGB – Europäischer Gewerkschaftsbund

Quelle: Polen: Gewerkschaftsmonitor; FES Briefing. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Referat Internationale Politikanalyse, April 2020, <http://library.fes.de/pdf-files/id/gewerkschaftsmonitore/16063/2020-polen.pdf>

Tabelle 2: Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Polen

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Związek Nauczycielstwa Polskiego, ZNP (Polnische Lehrgewerkschaft)	OPZZ	Vorsitz: Sławomir Broniarz Stv. Vorsitz: Krzysztof Baszczyński, Grzegorz Gruchlik	240.000	EI, ETUCE
Ogólnopolski Związek Zawodowych Pielęgniarek i Położnych, OZZPIP (Polnische Gewerkschaft der Krankenschwestern und Hebammen)	FZZ	Vorsitz: Krystyna Ptok Stv. Vorsitz: Longina Kaczmarek, Zdzisław Bujas	80.000	
Krajowa Sekcja Oświaty i Wychowania, KSOiW (Nationale Bildungsabteilung)	NSZZ »Solidarność«	Vorsitz: Ryszard Proksa Stv. Vorsitz: Zbigniew Świerczek, Henryk Ślusarski	70.000	EI, ETUCE
Krajowy Sekretariat Górnictwa i Energetyki NSZZ »Solidarność« (National Secretariat of Mine and Energy Workers' Union NSZZ »Solidarność«)	NSZZ »Solidarność«	Vorsitz: Jarosław Grzesik Stv. Vorsitz: Marek Boiński, Józef Czyczerski, Bogusław Hutek, Wojciech Ilnicki, Dariusz Kucharewicz	60.000	IndustriAll, IndustriAll Europe
Niezależny Samorządny Związek Zawodowy Policjantów, NSZZ Policjantów (Gewerkschaft der Polizei)	FZZ	Vorsitz: Rafał Jankowski Stv. Vorsitz: Krzysztof Balcer, Kazimierz Barbachowski, Dariusz Brzezicki, Artur Garbac, Rafał Kruk, Piotr Kujawa, Piotr Malon, Benedykt Nowak, Marek Osiejewski, Józef Partyka, Andrzej Szary, Marek Tarwacki	40.000	
Federacja Związków Zawodowych Pracowników PKP, FZZ Pracowników PKP (Gewerkschaft der Mitarbeiter der Polnischen Staatsbahn PKP)	FZZ	Vorsitz: Jan Przywoźny Stv. Vorsitz: Marian Kogut, Radosław Strakulski, Krzysztof Bączek	32.000	
Porozumienie Związków Zawodowych, KADRA (Gewerkschaftsallianz »KADRA«, Bereich Bergbau und Energie)	FZZ	Vorsitz: Dariusz Trzcionka Stv. Vorsitz: Bogusław Studencki, Krzysztof Stanisławski, Marek Gacka	20.000	IndustriAll Europe
Federacja Związków Zawodowych Metalowców i Hutników w Polsce, FZZ Metalowcy i Hutnicy (Verband der Gewerkschaften der Metall- und Stahlarbeiter)	OPZZ	Vorsitz: Mirosław Grzybek Stv. Vorsitz: Magdalena Dura, Grzegorz Narloch, Grzegorz Bor, Krzysztof Wójcik, Piotr Kursatzky, Marek Kijas	18.000	

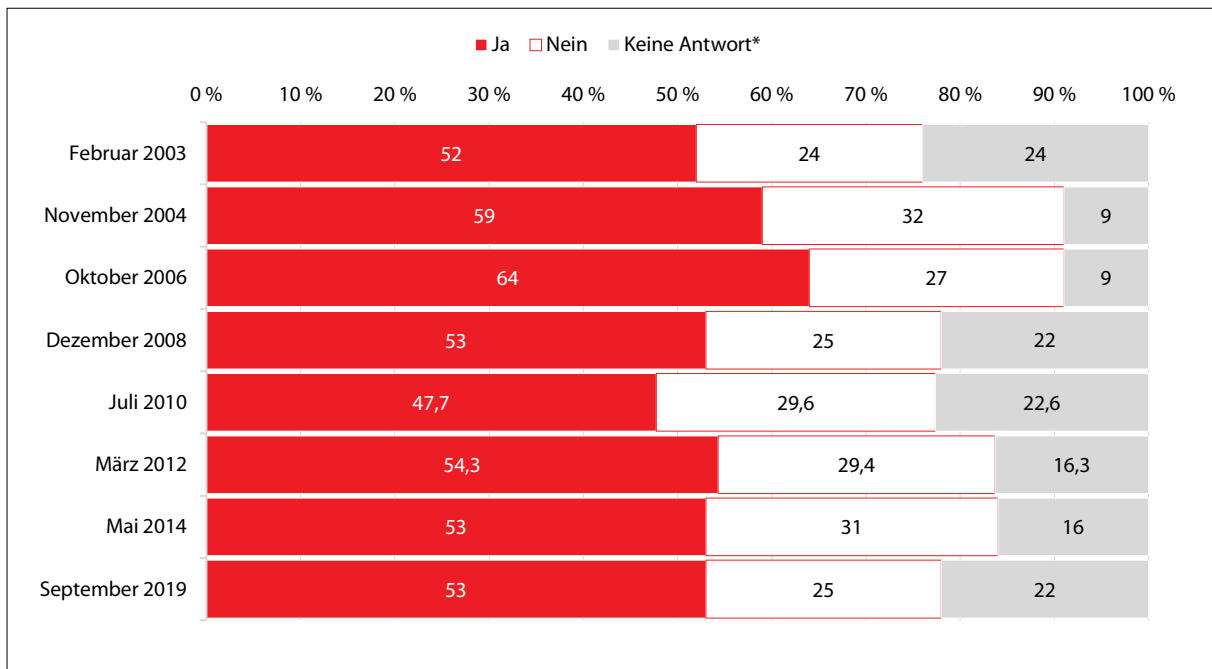
EI – Education International; ETUCE – European Trade Union Committee of Education

Quelle: Polen: Gewerkschaftsmonitor; FES Briefing. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Referat Internationale Politikanalyse, April 2020, <http://library.fes.de/pdf-files/id/gewerkschaftsmonitore/16063/2020-polen.pdf>

UMFRAGE

Zur Präsenz von Gewerkschaften in Polen

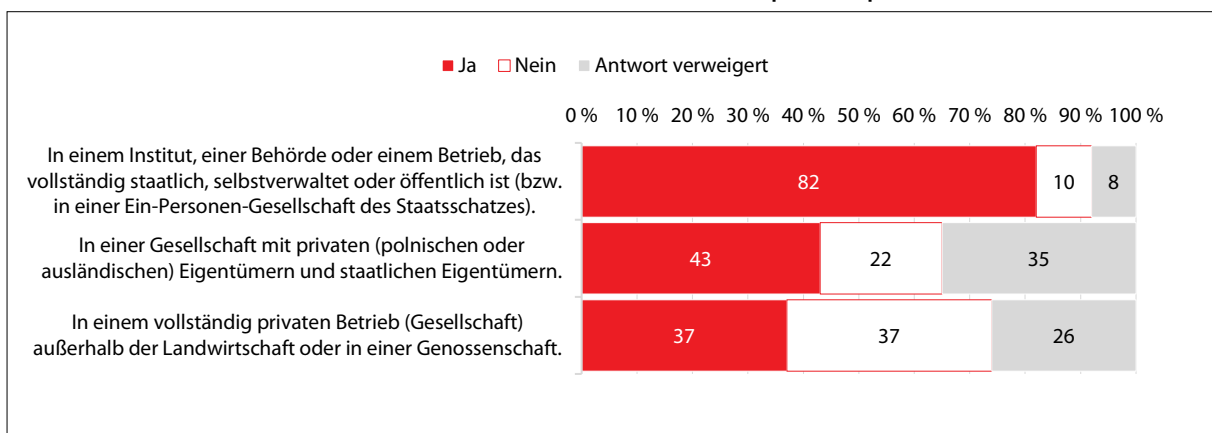
Grafik 1: Haben die Arbeitnehmer in dem Unternehmen/Betrieb, in dem Sie arbeiten, die Freiheit, Gewerkschaften zu gründen oder sich den schon bestehenden Gewerkschaften anzuschließen? (%)



*Bis 2006 »schwer zu sagen«, ab 2008 »Antwort verweigert«.

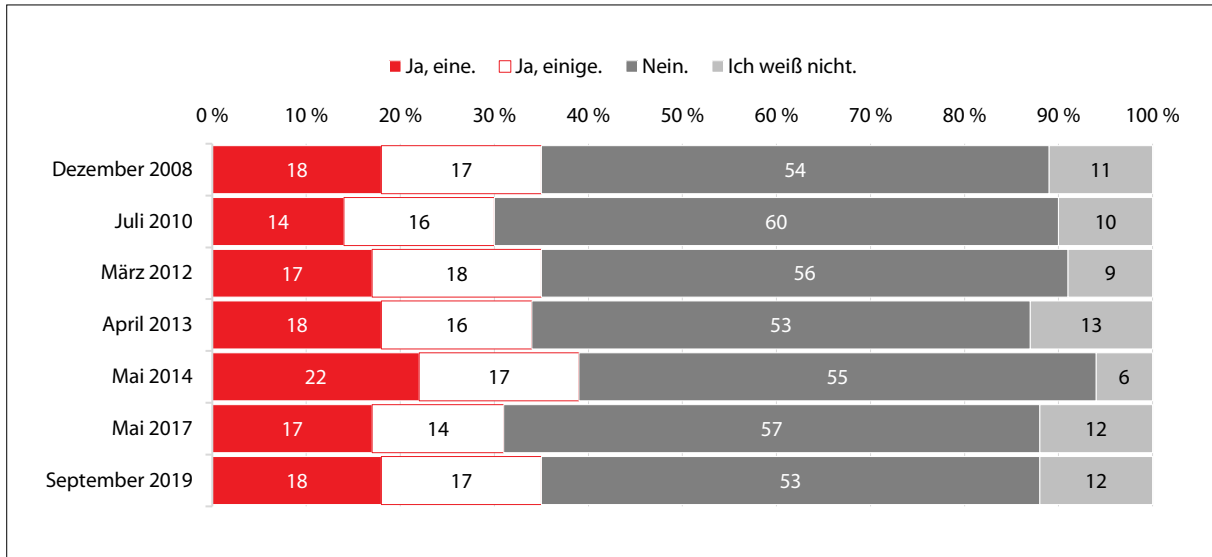
Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 128/2019: Naruszenia praw pracowniczych [Die Verletzung von Arbeitnehmerrechten]. Warszawa 10/2019. www.cbos.pl

Grafik 2: Haben die Arbeitnehmer in dem Unternehmen/Betrieb, in dem Sie arbeiten, die Freiheit, Gewerkschaften zu gründen oder sich den schon bestehenden Gewerkschaften anzuschließen? (2019, %) Wo arbeiten Sie zurzeit? Beziehen Sie sich bitte auf Ihren Hauptarbeitsplatz.



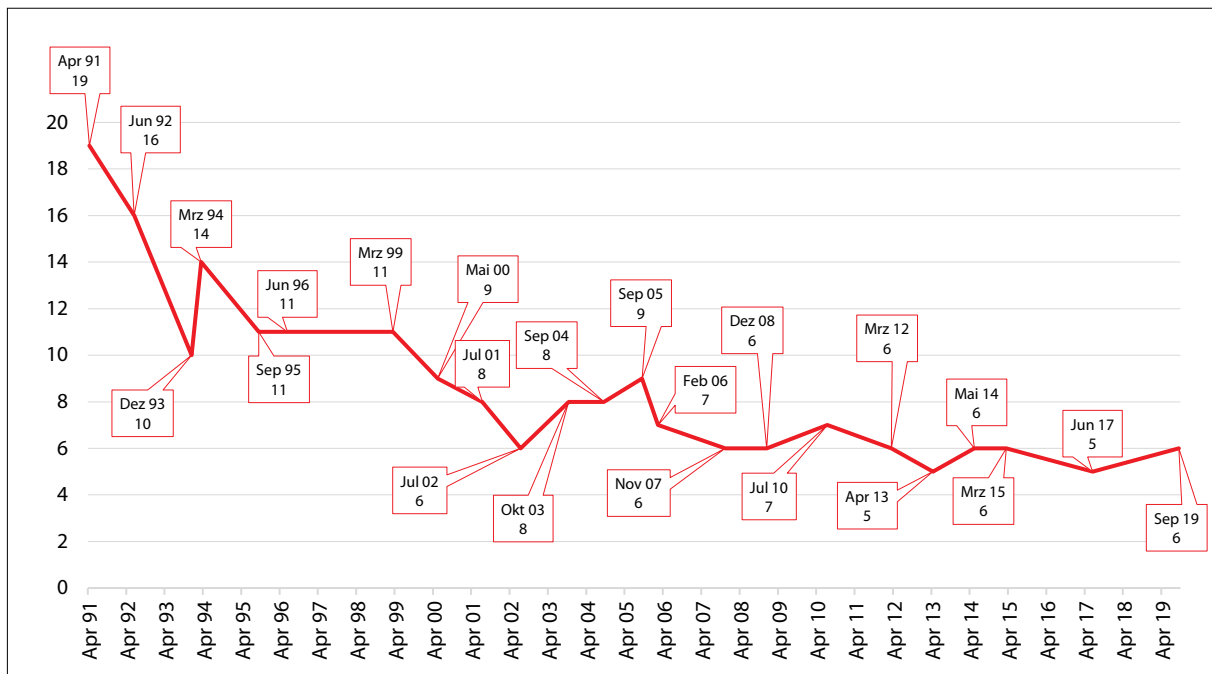
Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 128/2019: Naruszenia praw pracowniczych [Die Verletzung von Arbeitnehmerrechten]. Warszawa 10/2019. www.cbos.pl

Grafik 3: Gibt es in Ihrem Betrieb Gewerkschaften?
Antworten der Arbeitnehmer (%)



Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 138/2019: Związki zawodowe w Polsce [Gewerkschaften in Polen]. Warszawa 11/2019. www.cbos.pl

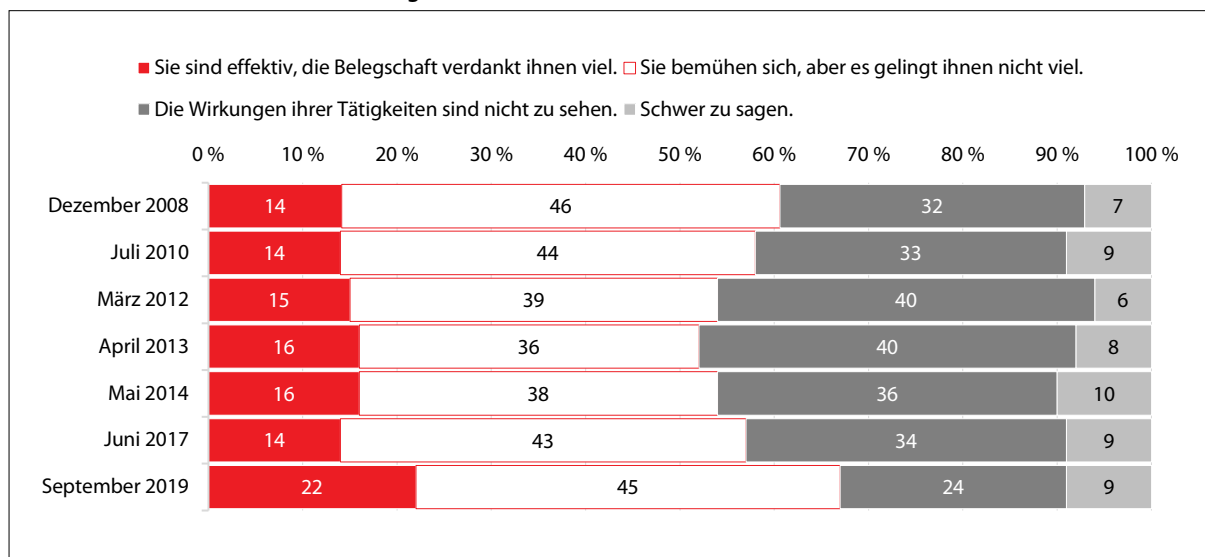
Grafik 4: Erklärte Mitgliedschaft in Gewerkschaften (%)



Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 138/2019: Związki zawodowe w Polsce [Gewerkschaften in Polen]. Warszawa 11/2019. www.cbos.pl

Einstellungen der polnischen Bevölkerung zu Gewerkschaften

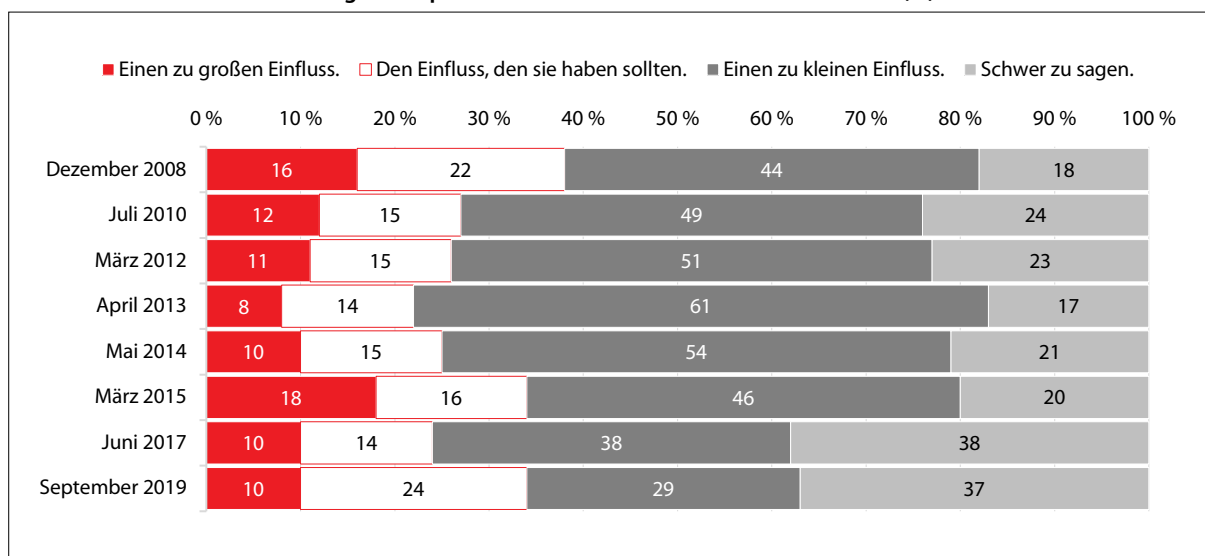
Grafik 1: Wie beurteilen Sie die Tätigkeit der Gewerkschaften in Ihrem Betrieb?* (%)



*Antworten der Arbeitnehmer, an deren Arbeitsplatz es Gewerkschaften gibt.

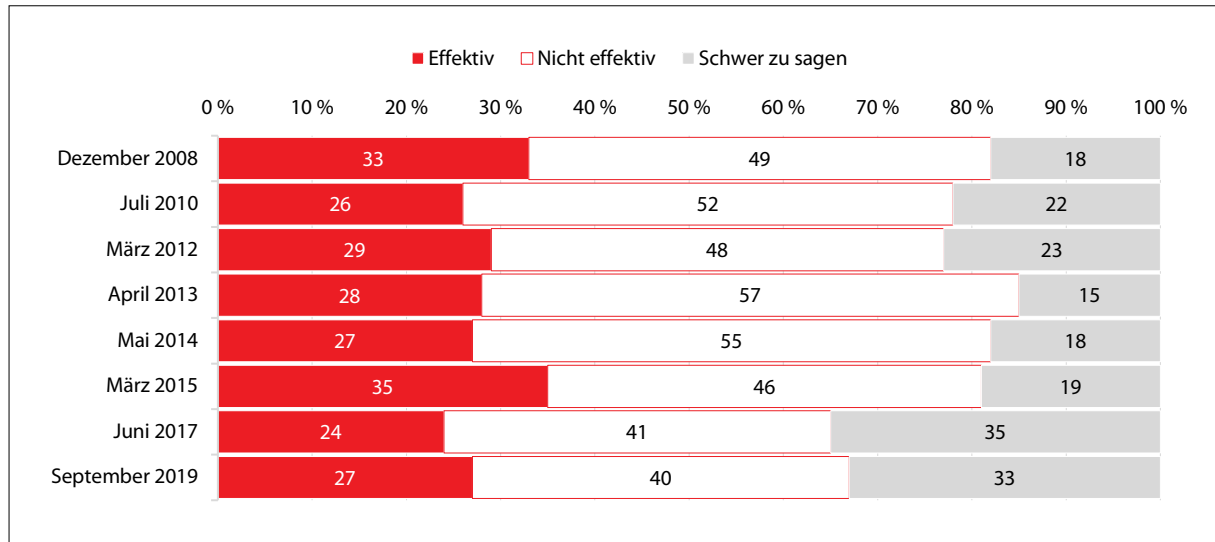
Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 138/2019: Związki zawodowe w Polsce [Gewerkschaften in Polen]. Warszawa 11/2019. www.cbos.pl

Grafik 2: Haben die Gewerkschaften zurzeit einen zu großen, einen ausreichenden oder einen zu kleinen Einfluss auf die Entscheidungen der politisch Verantwortlichen in unserem Land? (%)



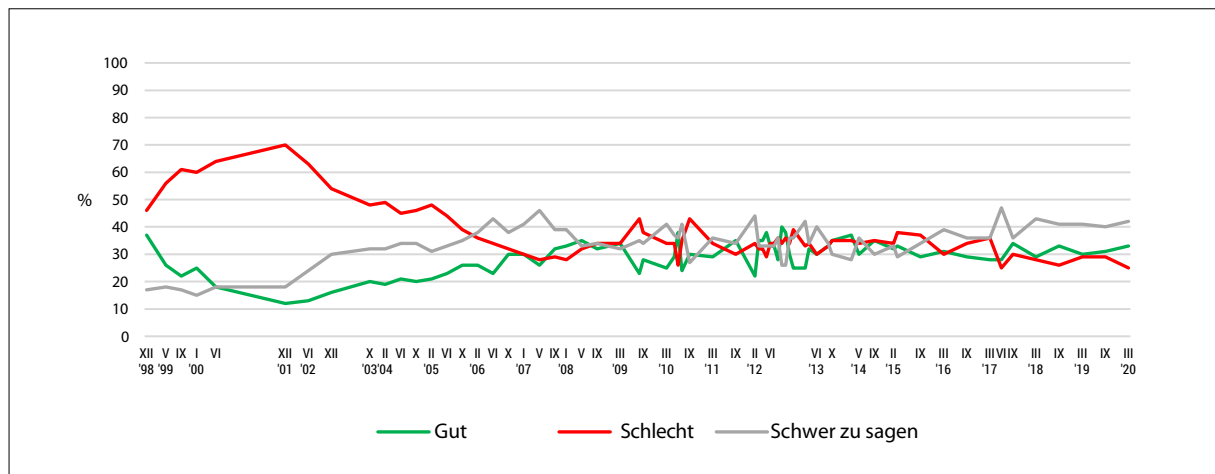
Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 138/2019: Związki zawodowe w Polsce [Gewerkschaften in Polen]. Warszawa 11/2019. www.cbos.pl

Grafik 3: Verteidigen die Gewerkschaften in Polen die Interessen der Arbeitnehmer im Allgemeinen effektiv oder nicht effektiv? (%)



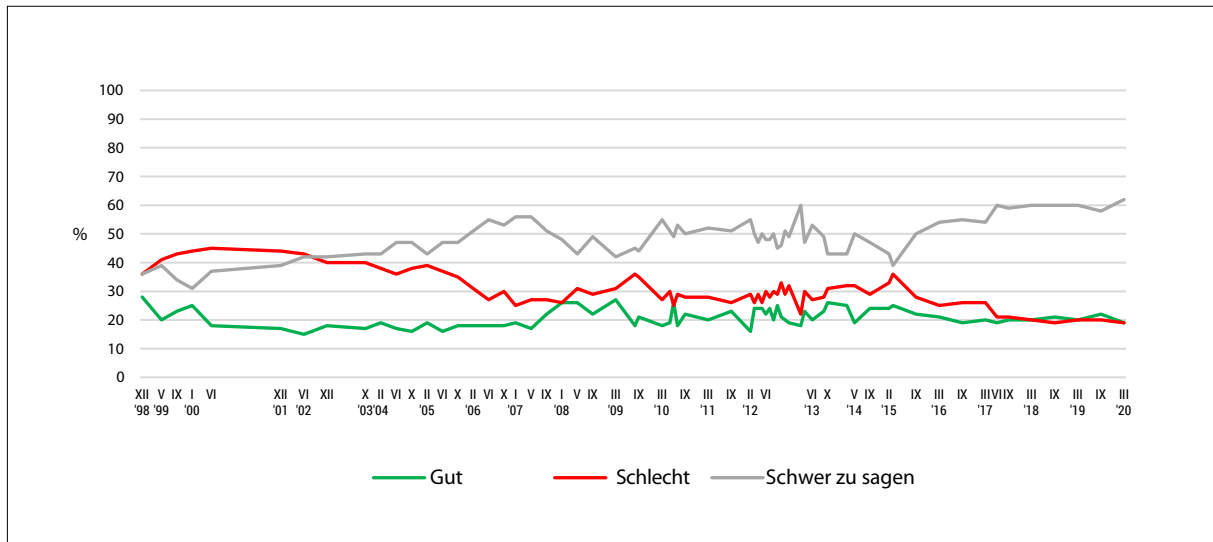
Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 138/2019: Związki zawodowe w Polsce [Gewerkschaften in Polen]. Warszawa 11/2019. www.cbos.pl

Grafik 4: Beurteilungen der Tätigkeit der Gewerkschaft Solidarność (%)*



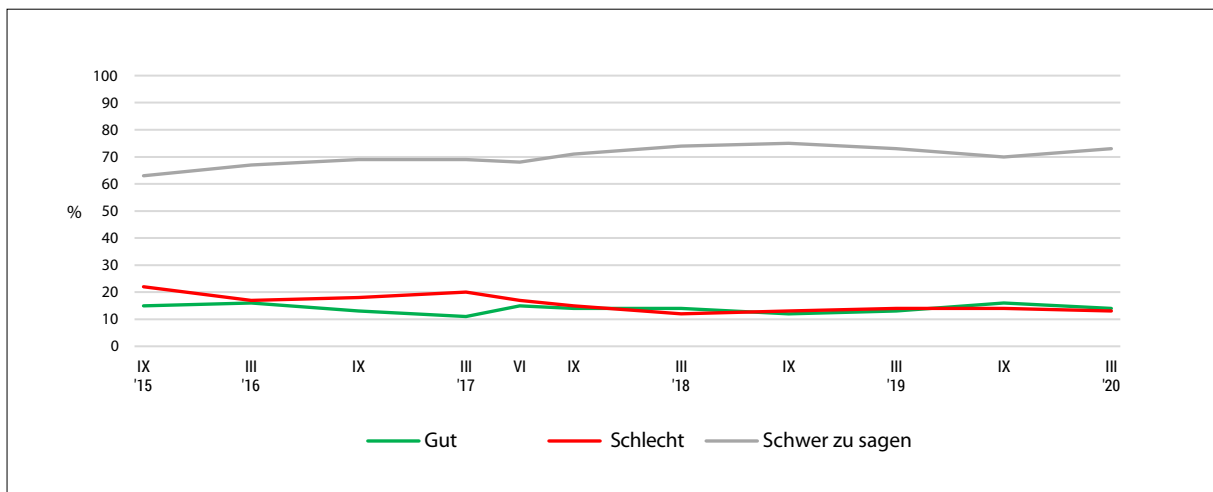
*Unabhängige Selbstverwaltete Gewerkschaft Solidarność/Niezależny Samorządny Związek Zawodowy Solidarność – NSZZ Solidarność

Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 38/2020: Oceny działalności instytucji publicznych [Beurteilungen der Tätigkeiten öffentlicher Institutionen]. Warszawa 03/2020. www.cbos.pl

Grafik 5: Beurteilungen der Tätigkeit der Gewerkschaft OPZZ (%)*

* Gesamtpolnischer Gewerkschaftsbund/Ogólnopolski Związek Zawodowy – OPZZ

Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 38/2020: Oceny działalności instytucji publicznych [Beurteilungen der Tätigkeiten öffentlicher Institutionen]. Warszawa 03/2020. www.cbos.pl

Grafik 6: Beurteilungen der Tätigkeit der Gewerkschaft FZZ (%)*

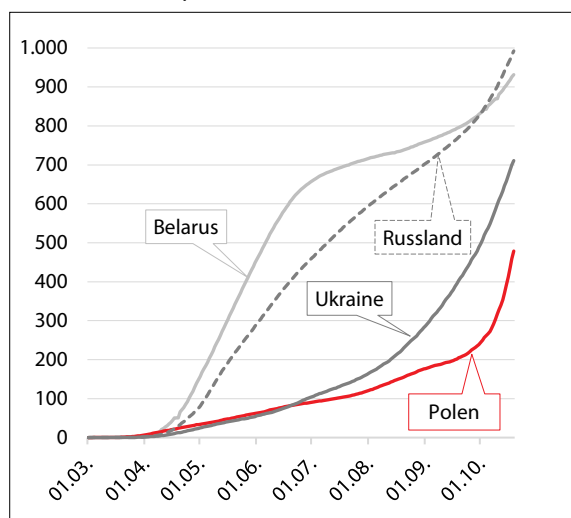
* Gewerkschaftsforum/Forum Związków Zawodowych – FZZ

Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 38/2020: Oceny działalności instytucji publicznych [Beurteilungen der Tätigkeiten öffentlicher Institutionen]. Warszawa 03/2020. www.cbos.pl

STATISTIK

Covid-19 in Polen

Grafik 1: Die Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 19. Oktober 2020, Johns-Hopkins-Universität)



Für die Zahlen vom 01.03.–05.10.2020 siehe die Statistik »Covid-19 in Polen« in den Polen-Analysen 255–262.

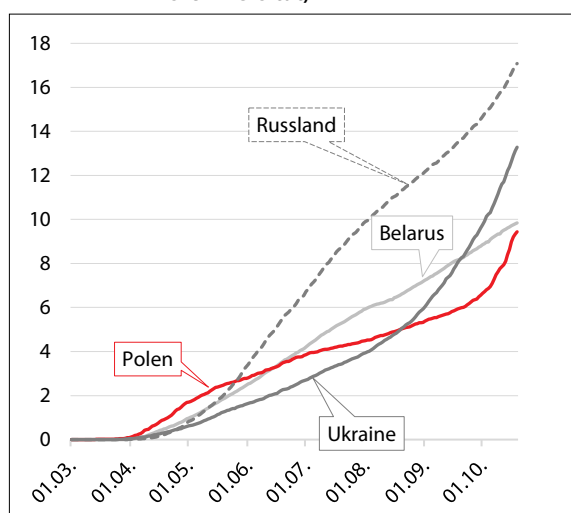
Auch wenn die Zahlen aus derselben Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 19.10.2020. 13:24 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Tabelle 1: Die Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (6. – 19. Oktober 2020, Johns-Hopkins-Universität)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
06.10.	81.090	104.316	1.231.277	240.811
07.10.	81.505	107.319	1.242.258	245.698
08.10.	81.982	111.599	1.253.603	251.243
09.10.	82.471	116.338	1.265.572	257.204
10.10.	82.471	121.638	1.278.245	263.105
11.10.	83.534	125.816	1.291.687	268.065
12.10.	83.998	130.210	1.305.093	272.671
13.10.	84.524	135.278	1.318.783	277.982
14.10.	85.121	141.804	1.332.824	283.762
15.10.	85.734	149.903	1.346.380	289.022
16.10.	86.392	157.608	1.361.317	295.227
17.10.	87.063	167.230	1.376.020	301.856
18.10.	87.698	175.766	1.390.824	307.301
19.10.	88.290	183.284	1.406.504	312.287

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 19. Oktober 2020, Johns-Hopkins-Universität)



Für die Zahlen vom 01.03.–05.10.2020 siehe die Statistik »Covid-19 in Polen« in den Polen-Analysen 255–262.

Auch wenn die Zahlen aus derselben Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 19.10.2020. 13:24 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

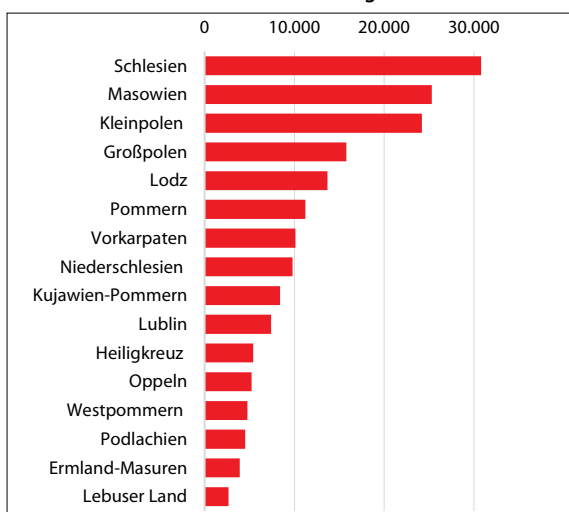
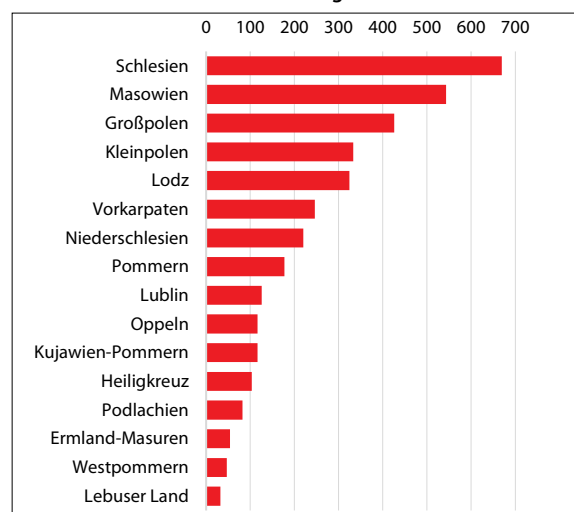
Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (6. – 19. Oktober 2020, Johns-Hopkins-Universität)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
06.10.	868	2.717	21.559	4.624
07.10.	874	2.792	21.755	4.707
08.10.	880	2.867	21.939	4.807
09.10.	885	2.919	22.137	4.899
10.10.	885	2.972	22.331	5.010
11.10.	896	3.004	22.471	5.098
12.10.	901	3.039	22.594	5.143
13.10.	906	3.101	22.834	5.254
14.10.	911	3.217	23.069	5.365
15.10.	916	3.308	23.350	5.443
16.10.	921	3.440	23.580	5.551
17.10.	925	3.524	23.857	5.669
18.10.	929	3.573	24.039	5.762
19.10.	933	3.614	24.212	5.834

Grafik 3: Covid-19-Infektionsfälle nach Woiwodschaften (19. Oktober 2020, 10.30 Uhr)

Woiwodschaft (województwo)	Infektionsfälle insgesamt	Todesfälle insgesamt
Ermland-Masuren (warmińsko-mazurskie)	3.911	54
Großpolen (wielkopolskie)	15.786	426
Heiligkreuz (świętokrzyskie)	5.415	103
Kleinpolen (małopolskie)	24.210	333
Kujawien-Pommern (kujawsko-pomorskie)	8.401	116
Lebuser Land (lubuskie)	2.682	32
Lodz (łódzkie)	13.679	324
Lublin (lubelskie)	7.393	126

Woiwodschaft (województwo)	Infektionsfälle insgesamt	Todesfälle insgesamt
Masowien (mazowieckie)	25.318	543
Niederschlesien (dolnośląskie)	9.810	220
Oppeln (opolskie)	5.229	116
Podlachien (podlaskie)	4.528	82
Pommern (pomorskie)	11.235	177
Schlesien (śląskie)	30.785	669
Vorkarpaten (podkarpackie)	10.108	246
Westpommern (zachodniopomorskie)	4.758	47

Infektionsfälle im Vergleich**Todesfälle im Vergleich**

Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24.pl. <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-aktualna-statystyki-najnowsze-dane-19-pazdziernika-2020-4344739> (abgerufen am 19.10.2020); Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

CHRONIK

Covid-19-Chronik, 6. – 19. Oktober 2020

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
06.10.2020	104.316/2.717	Gesundheitsminister Adam Niedzielski sagt auf einer Pressekonferenz mit dem Obersten Polizeipräsidenten, Jarosław Szymczyk, angesichts der hohen Infektions- und Todeszahlen im Zusammenhang mit der Corona-Epidemie werde künftig eine Null-Toleranz-Politik für die Einhaltung der Schutzmaßnahmen verfolgt. Am 10. Oktober sollen neue Verschärfungen in Kraft treten. Anstatt Belehrungen durch die Polizei sollen nun vermehrt Strafen bei Nichteinhaltung verhängt werden. Szymczyk weist darauf hin, dass die Kontrolle der Befolgung der Schutzmaßnahmen durch die Polizei hoch sei. Zurzeit würden in 80 % der Fälle bei Nichteinhaltung Belehrungen ausgesprochen und in 20 % der Fälle Geldstrafen verhängt. Sollte die Anzahl der Übertretungen steigen, müsste sich dieses Verhältnis mindestens umkehren.
06.10.2020		Nach aktuellen Schätzungen des Ministeriums für Familie und Sozialpolitik betrug die Arbeitslosenquote im September 6,1 % und hat sich seit vier Monaten nicht wesentlich verändert. Im Vergleich zum August fiel die Anzahl der Erwerbslosen um 3.300 und betrug 1.024.700. Ministerin Marlena Maląg führt die stabile Lage am Arbeitsmarkt auf drei Anti-krisenprogramme zurück, die die Regierung infolge des Ausbruchs der Corona-Pandemie seit März aufgelegt hat.
07.10.2020	107.319/2.792	Die Vizeministerin für Familie und Sozialpolitik, Iwona Michałek, stellt im parlamentarischen Ausschuss für Seniorenpolitik Zahlen zu Covid-19 in Alten- und Pflegeheimen vor. Am Stichtag 1. Oktober 2020 waren in 48 (von 824) öffentlichen Einrichtungen (Dom Pomocy Społecznej – DPS) 890 (von 80.000) Bewohner und 339 (von 58.000) Pflegekräfte mit dem Corona-Virus infiziert. Seit Beginn der Corona-Epidemie bis zum Stichtag starben 204 Bewohner. In den 643 privaten Betreuungseinrichtungen waren am Stichtag in sechs Heimen 49 Bewohner und zwölf Mitarbeiter infiziert. Insgesamt starben seit Beginn der Epidemie 99 Bewohner.
08.10.2020	111.599/2.867	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki teilt mit, dass angesichts der hohen Zahl von Infektionen und Todesfällen im Zusammenhang mit der Corona-Epidemie für ganz Polen ab dem 10. Oktober die Schutzmaßnahmen der »gelben Zone« gelten. Das bedeutet u. a., dass im öffentlichen Raum (Straßen, Geschäfte, öffentlicher Personenverkehr) eine Mund-Nase-Bedeckung getragen werden muss. Er begründet dies mit den bisher höchsten Infektions- und Todeszahlen seit Beginn der Epidemie, die laut Gesundheitsministerium am Vortag um 3.000 bzw. 75 Fälle gestiegen sind.
09.10.2020	116.338/2.919	Die Gewerkschaft der Polnischen Lehrerschaft (Związek Nauczycielstwa Polskiego – ZNP) und der Gesamtpolnische Verband der Führungskräfte im Bildungswesen (Ogólnopolskie Stowarzyszenie Kadry Kierowniczej Oświaty) richten einen Antrag an Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, dass die Schulen auch ohne Konsultation mit dem Gesundheitsamt entscheiden können, ob sie angesichts der Corona-Infektionslage Präsenz- oder Fernunterricht durchführen.

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
10.10.2020	121.638/2.972	In Warschau findet eine Demonstration gegen die von der Regierung eingeführten Maßnahmen zum Schutz vor Corona-Infektionen statt. In seiner Ansprache sagt der Abgeordnete der rechtsnationalen, populistischen Partei Konföderation (Konfederacja) Grzegorz Braun, dass das »Hygiene-Regime« unrechtmäßig von der Regierung eingeführt wurde. Es sei nicht rechtskonform, alle Polen pauschal als Covid-19-Infizierte zu behandeln und ihre Freiheiten einzuschränken. Es handele sich um einen Krieg und wenn die Polen jetzt der Beschränkung ihrer Freiheiten in Form des Tragens einer Mund-Nase-Bedeckung zustimmten, werde die Regierung ihnen zukünftig viel wichtigere Rechte entziehen.
10.10.2020		Auf einer Pressekonferenz lehnt Ministerpräsident Mateusz Morawiecki die Umstellung auf Fernunterricht in den Schulen infolge der Entwicklung der Corona-Epidemie als nicht notwendig ab, da aktuell 98 % der Schulen Präsenzunterricht durchführen würden. Mit Blick auf den Antrag der Gewerkschaft der Polnischen Lehrerschaft (Związek Nauczycielstwa Polskiego – ZNP) und des Gesamtpolnischen Verbands der Führungskräfte im Bildungswesen (Ogólnopolskie Stowarzyszenie Kadry Kierowniczej Oświaty) vom Vortag, dass Schulen nicht auf die Entscheidung des Gesundheitsamtes angewiesen sein sollen, um entscheiden zu können, ob auf Fernunterricht umgestellt werden soll, verweist Morawiecki darauf, dass ein Gesundheitsamt die Lage besser einschätzen kann als ein Schuldirektor. Vertreter von Lehrerverbänden kritisieren, die Regierung scheine die Lage in den Schulen – Lehrer in Quarantäne, schlechte Erreichbarkeit der Gesundheitsämter – nicht zu kennen.
10.10.2020		Ab dem heutigen Tag gelten verschärfte Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Corona-Epidemie. In Bereichen, in denen obligatorisch eine Mund-Nase-Bedeckung getragen werden muss, dürfen Personen ohne Maske nur auftreten, wenn sie eine entsprechende ärztliche Bescheinigung haben. Die Pflicht zur Bedeckung von Mund und Nase gilt im ganzen Land. In den »roten Zonen« dürfen Restaurants und Bars von 6 Uhr nur bis 22 Uhr öffnen; in den »gelben Zonen« wird, wie schon in den roten Zonen, ebenfalls eine Maskenpflicht im öffentlichen Raum eingeführt. Die Personenobergrenze bei privaten Feiern in der Öffentlichkeit wird im Allgemeinen auf 100 (von 150) Personen begrenzt, in den gelben Zonen auf 75 (von 100) Teilnehmer und in den roten Zonen bleibt die Höchstzahl von 50 Teilnehmern unverändert. Diskotheken und Nachklubs dürfen nicht mehr öffnen und geschlossene Unternehmen dürfen ihre Räumlichkeiten nicht für Tanzveranstaltungen vermieten – eine Entwicklung, zu der es den vergangenen Wochen gekommen war. Finden mehrere Demonstrationen, Umzüge o. ä. gleichzeitig statt, muss ein Mindestabstand von 100 m zwischen ihnen eingehalten werden.
11.10.2020	125.816/3.004	Die interdisziplinäre Beratergruppe zu Covid-19 beim Präsidenten der Polnischen Akademie der Wissenschaften (Polska Akademia Nauk – PAN) warnt in einer Stellungnahme vor einem Kollaps des polnischen Gesundheitssystems in einem Monat, sollte es nicht gelingen, den leichtfertigen Umgang mit der Corona-Epidemie umfassend und solidarisch einzustellen. Die Infektionslage beginne außer Kontrolle zu geraten und die freien Betten für Corona-Patienten in den Krankenhäusern würden aktuell rasant abnehmen. Ein erneuter wirtschaftlicher »Lockdown« hätte immense Kosten zur Folge und müsse daher vermieden werden. Die Experten rufen die Bevölkerung zur Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln auf und empfehlen, wenn möglich, ins Homeoffice zu wechseln.
12.10.2020	130.210/3.039	Der stellvertretende Gesundheitsminister, Waldemar Kraska, sagt in einem Radiointerview, die Entwicklung der Corona-Pandemie in Polen und Europa sei ernst und das wichtigste sei nun, dass es nicht zu einer exponentiellen Entwicklung der Infektionszahlen in Polen komme. Wenn sich die Neuinfektionen auf 4.000 bis 5.000 Fälle täglich beschränken, komme das Gesundheitssystem damit zurecht. Am Vortag meldete das Gesundheitsministerium mehr als 4.100 und zwei Tage zuvor 5.300 neu an Covid-19 Erkrankte.

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
13.10.2020	135.278/3.101	Auf Einladung von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki findet eine Videokonferenz zur aktuellen Situation der Corona-Epidemie in Polen statt, an der Gesundheitsminister Adam Niedzielski, der stellvertretende Verteidigungsminister, Wojciech Skurkiewicz, der Chef des Gesundheitsamtes, Jarosław Pinkas, und Vertreter der Oppositionsparteien teilnehmen. Auf der Pressekonferenz im Anschluss sagt der Chef der Kanzlei des Ministerpräsidenten, Michał Dworczyk, mit Blick auf die Opposition, dass eine sachorientierte Diskussion gefehlt habe und er hoffe, dass diese die Corona-Pandemie nicht für ihre Zwecke instrumentalisieren werde. Politiker der Opposition werfen der Regierung vor, die Zeit nach Abklingen der ersten Infektionswelle im Sommer nicht zur Vorbereitung auf die zweite Welle im Herbst genutzt, sondern sich vor allem mit Personalangelegenheiten der Regierung befasst zu haben.
13.10.2020		Jacek Sasin, stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Staatliche Aktiva, sagt in einem Interview im Ersten Programm des Polnischen Radio, dass ein Teil der Ärzteschaft, des medizinischen und des Pflegepersonals ihre Pflichten im Zusammenhang mit der Corona-Epidemie nicht ausüben wolle. Die Vorsitzende des Kreisärzterates (Okręgowa Rada Lekarska) in Stettin (Szczecin), Magdalena Wiśniewska, fordert nach dem Interview Sasin auf mitzuteilen, ob seine Aussage die offizielle Haltung der Regierung wiedergibt. Der Vorsitzende des Hauptärzterates (Naczelna Rada Lekarska), Andrzej Matyja, fordert eine sofortige Entschuldigung von Sasin für die Äußerung, die das Vertrauen in die Ärzteschaft infrage stelle.
14.10.2020	141.804/3.217	Die Polnische Handelskammer (Polska Izba Handlu –PIH) kritisiert die Einkaufszeiten für Senioren, die ab dem Folgetag erneut eingeführt werden. Zwischen 10 und 12 Uhr soll der Einkauf in Lebensmittelgeschäften, Drogerien, Apotheken und Postfilialen Personen ab dem 60. Lebensjahr vorbehalten sein. Nach Meinung der PIH habe diese Regelung im April gezeigt, dass die Geschäfte in dem Zeitraum leer sind. Dies würde Einnahmeverluste sowohl für die Branche als auch für den öffentlichen Haushalt bedeuten. Als Gegenvorschlag spricht sich die PIH dafür aus, Senioren bevorzugt zu bedienen oder die für sie vorgesehenen Einkaufszeiten zu verkürzen.
15.10.2020	149.903/3.308	Um die steigenden Corona-Infektionszahlen einzudämmen, tritt ab dem heutigen Tag wieder eine Einkaufszeit für Senioren in Kraft. In Lebensmittelgeschäften, Drogerien, Apotheken und Postfilialen dürfen zwischen 10 und 12 Uhr ausschließlich Personen ab dem 60. Lebensjahr einkaufen und bedient werden. Der Erlass des Ministerrates gilt bis zum Widerruf.
15.10.2020		Ab dem heutigen Tag können für die Monate Juli bis September rückwirkend Kurzarbeitergeld bzw. die Befreiung von den Sozialversicherungsabgaben für Tätigkeiten in der Tourismus-, Ausstellungs- und Veranstaltungsbranche beantragt werden.
16.10.2020	157.608/3.440	Nach neusten Schätzungen der Sozialversicherungsanstalt (Zakład Ubezpieczeń Społecznych – ZUS) belaufen sich die Kosten für das infolge der Corona-Epidemie eingeführte Kurzarbeitergeld und die dreimonatige Befreiung der Arbeitgeber von den Sozialabgaben in der Tourismus-, Ausstellungs- und Veranstaltungsbranche auf ca. 550 Mio. Zloty. Vorher wurde von einer Summe in Höhe von 400 Mio. Zloty ausgegangen.

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
17.10.2020	167.230/3.524	Ab dem heutigen Tag gelten neue Corona-Schutzmaßnahmen für die »gelben« und »roten« Zonen. Bars und Restaurants dürfen zwischen 6 und 21 Uhr öffnen und anschließend nur noch Speisen zum Mitnehmen verkaufen. Schwimmbäder, Aquaparks und Fitnesscenter dürfen nicht mehr öffnen. Im öffentlichen Personenverkehr dürfen nur 50 % (»gelbe Zone«) bzw. 30 % (»rote Zone«) der Sitzplätze belegt werden. In den »roten Zonen« wird die Personenanzahl in den Geschäften reduziert: In Läden mit einer Größe bis 100 qm sind fünf Personen pro Kasse zulässig, in größeren Geschäften eine Person pro 15 qm. Die »gelbe Stufe« ist erreicht, wenn in den vergangenen 14 Tagen sechs bis zwölf Neuinfektionen pro 10.000 Einwohner registriert werden, die »rote Stufe« wird bei mehr als zwölf Neuinfektionen pro 10.000 Einwohner ausgerufen.
17.10.2020		Ministerpräsident Mateusz Morawiecki sagt auf »Facebook«, Polen habe als Antwort auf die Corona-Epidemie weder den Weg der Herdenimmunität gewählt noch soll wie in anderen Ländern erneut ein »Lockdown« verhängt werden. Polen wähle den Weg der Mitte. Die Bevölkerung habe es selbst in der Hand, die Ausbreitung der Corona-Epidemie zu verhindern. Er ruft eindringlich dazu auf, die Abstands- und Hygieneregeln zu beachten.
17.10.2020		Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland warnt aufgrund hoher Corona-Infektionszahlen vor nicht notwendigen, touristischen Reisen in die Woiwodschaften Kujawien-Pommern (województwo kujawsko-pomorskie), Kleinpolen (woj. małopolskie), Podlachien (woj. podlaskie), Pommern (woj. pomorskie) und Heiligkreuz (woj. świętokrzyskie).
18.10.2020	175.766/3.573	
19.10.2020	183.284/3.614	Regierungssprecher Piotr Müller gibt bekannt, dass im Nationalstadion in Warschau vorübergehend ein Krankenhaus mit ca. 500 Betten für Covid-19 Patienten eingerichtet wird. Auch in anderen Städten seien Sportstadien zu diesem Zweck ausgewählt worden. Angesichts des aktuell schnellen Infektionsgeschehens könne es sein, dass die Notkrankenhäuser mehrere Monate bestehen.
19.10.2020		Ab dem heutigen Tag gelten neue Corona-Schutzmaßnahmen für Schulen. In den weiterführenden Schulen in den »roten Zonen« erhalten die Schüler Fernunterricht, in den »gelben Zonen« findet für die Hälfte der Schüler Präsenz- bzw. Fernunterricht statt. Die »gelbe Stufe« ist erreicht, wenn in den vergangenen 14 Tagen sechs bis zwölf Neuinfektionen pro 10.000 Einwohner registriert werden, die »rote Stufe« wird bei mehr als zwölf Neuinfektionen pro 10.000 Einwohner ausgerufen.
19.10.2020		Ab dem heutigen Tag gelten neue Beschränkungen für Familienfeiern in der Öffentlichkeit, beispielsweise Hochzeiten. In den »gelben Zonen« dürfen max. 20 Personen teilnehmen; tanzen ist nicht gestattet. In den »roten Zonen« dürfen solche Feiern nicht mehr veranstaltet werden. Die »gelbe Stufe« ist erreicht, wenn in den vergangenen 14 Tagen sechs bis zwölf Neuinfektionen pro 10.000 Einwohner registriert werden, die »rote Stufe« wird bei mehr als zwölf Neuinfektionen pro 10.000 Einwohner ausgerufen.

*Zahlen der Johns Hopkins Universität, 19.10.2020, 13:24 Uhr

CHRONIK

6. – 19. Oktober 2020

06.10.2020	Präsident Andrzej Duda vereidigt die neuen Minister in der Regierung von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS). Morawiecki erhält zusätzlich das Ressort Digitalisierung. Der Parteivorsitzende der PiS, Jarosław Kaczyński, wird zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt, dem Vernehmen nach soll er einem Komitee für innere Angelegenheiten, Justiz und Verteidigung vorstehen. Der Parteivorsitzende des Koalitionspartners Verständigung (Porozumienie), Jarosław Gowin, kehrt in die Regierung zurück und wird Minister für Entwicklung, Arbeit und Technologie. Neuer Minister für Landwirtschaft und die Entwicklung des ländlichen Raumes wird Grzegorz Puda. Der neue Minister für Bildung und Wissenschaft, Przemysław Czarnek, wird zu einem späteren Termin berufen, da er aufgrund einer Corona-Infektion in Quarantäne ist. Zurzeit gibt es 18 Ministerien, deren Ressorts im Zuge der Regierungs-umbildung teilweise umverteilt wurden.
07.10.2020	Der stellvertretende Sejmarschall Ryszard Terlecki (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS) teilt mit, dass die für den Folgetag anberaumte Abstimmung des Sejm über die Kandidatur der Juristin Zuzanna Rudzińska-Bluszcz für das Amt der Bürgerrechtsbeauftragten der Regierung von der Tagesordnung genommen wurde. Vor zwei Tagen hatte sich der von der PiS dominierte Parlamentarische Ausschuss für Justiz und Menschenrechte zum zweiten Mal gegen die Kandidatin ausgesprochen, die von aktuell ca. 930 Organisationen unterstützt wird und von der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) und der Linken (Lewica) benannt worden war. Das Votum des Ausschusses ist für den Sejm allerdings nicht bindend. Rudzińska-Bluszcz ist die einzige Kandidatin für das Amt. Die Amtszeit des bisherigen Bürgerrechtsbeauftragten, Adam Bodnar, endete regulär am 9. September; er übt das Amt bis zur Wahl eines Nachfolgers weiter aus.
09.10.2020	Im Amtsblatt der Republik Polen wird die Zusammensetzung und der Aufgabenbereich des neuen Gremiums beim Ministerpräsidenten, des Komitees des Ministerrates für Angelegenheiten der Nationalen Sicherheit und Verteidigung, bekannt gegeben. Geleitet wird es vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Jarosław Kaczyński, der seit der Regierungsumbildung wieder eine Funktion in der Regierung innehat. Dem Komitee gehören der Verteidigungs-, der Justiz-, der Innen- und der Außenminister und die Leiter der Geheimdienste an. Das Gremium soll Analysen im Bereich öffentliche Ordnung, innere und äußere Sicherheit und Justiz erstellen und die Regierungspolitik sowie Gesetzgebungsprozesse begleiten.
11.10.2020	Am ersten Tag seines dreitägigen Besuches in der Ukraine gedenkt Präsident Andrzej Duda auf dem polnischen Militärfriedhof in Kiew-Bykiwnja der Opfer des Massakers von Katyn, bei dem im April 1940 ca. 22.000 polnische Militärangehörige und Staatsbedienstete vom sowjetischen Geheimdienst in Katyn, Charkow und an anderen Orten ermordet worden waren. Duda unterstreicht, die Wahrheit über den Massenmord sei auch heute eines der stärksten Fundamente des freien, souveränen und unabhängigen Polen. Die Gedenkstätte in Bykiwnja wurde 2012 eingeweiht.
12.10.2020	Die »Venedig-Kommission« (Europäische Kommission für Demokratie durch Recht) äußert sich in einer Stellungnahme besorgt darüber, dass die Kandidatur der Juristin Zuzanna Rudzińska-Bluszcz für das Amt der Bürgerrechtsbeauftragten der Regierung vom Parlamentarischen Ausschuss für Justiz und Menschenrechte abgelehnt wurde. Es bestehe die Gefahr, dass die Institution des Bürgerrechtsbeauftragten dadurch gelähmt werde. Die Kontinuität der Ausübung des Amtes sei von höchster Bedeutung für den Schutz der Rechte der Bürger in Polen. Die Ablehnung durch den Parlamentsausschuss ist für die Abstimmung des Sejm nicht bindend, diese wurde jedoch kurzfristig verschoben. Zurzeit führt Adam Bodnar das Amt weiter aus; seine Amtszeit endete regulär am 9. September.
12.10.2020	Außenminister Zbigniew Rau nimmt am Treffen der EU-Außenminister in Luxemburg teil, bei dem sich die Außenminister über weitere Sanktionen gegen Belarus verständigen. Gegenüber den Medien zeigt sich Rau sehr zufrieden über die entschlossene Solidarität der EU-Mitgliedsländer mit Polen und Litauen im diplomatischen Konflikt mit Belarus. Belarus hatte sie aufgefordert, ihr diplomatisches Personal in Belarus zu reduzieren; ihre Botschafter wurden zu Konsultationen einbestellt. In Belarus kommt es seit den als gefälscht geltenden Präsidentenwahlen im August zu Protesten der Bevölkerung. Polen und Litauen haben wiederholt angeboten, in dem Konflikt zu vermitteln.
13.10.2020	Am Rande des Polnisch-Ukrainischen Wirtschaftsforums in Odessa (Ukraine), das die Präsidenten beider Länder, Andrzej Duda und Wolodymyr Selenskyj, eröffnen, wird eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Seehäfenverwaltung der Ukraine und der Verwaltung des Seehafens Danzig (Gdańsk) unterzeichnet.

13.10.2020	Der Sejmasabgeordnete Arkadiusz Mularczyk (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS) wird vom Landesjustizrat (Krajowa Rada Sądownictwa – KRS) mit zwölf Ja-Stimmen, sieben Nein-Stimmen und drei Enthaltungen zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Die Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) kritisiert dies als ein weiteres Zeichen für die politische Instrumentalisierung des KRS durch die regierende PiS.
14.10.2020	Sejmmarschallin Elżbieta Witek (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS) trifft sich in Breslau (Wrocław) mit László Kövér, dem Präsidenten der ungarischen Nationalversammlung. Im Anschluss stellt Witek den Medien die gemeinsame Haltung beider Länder vor, dass sie einer Verknüpfung der Zahlungen aus dem EU-Haushalt und dem Corona-Rettungsschirm der EU mit Fragen der Rechtsstaatlichkeit nicht zustimmen werden. Dieses Vorgehen wird vom Europäischen Parlament gefordert.
15.10.2020	Der Rechtsanwalt Roman Giertych wird vom Zentralen Antikorruptionsbüro (Centralne Biuro Antykorupcyjne – CBA) festgenommen. Stanisław Żaryn, Sprecher des Koordinators der Geheimdienste, teilt mit, Giertych sowie weitere Personen seien im Zusammenhang mit einem Verdacht auf Untreue verhaftet worden. Giertych wertet seine Festnahme als Ablenkung vom Versagen der Regierung in der Corona-Epidemie. Giertych war Parteivorsitzender der Liga der Polnischen Familien (Liga Polskich Rodzin – LPR) und in der Regierungskoalition von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), LPR und Selbstverteidigung (Samoobrona) stellvertretender Ministerpräsident und Bildungsminister (2006–07). Danach hat er sich von der PiS distanziert.
17.10.2020	Rafał Trzaskowski, Stadtpräsident von Warschau, ruft in Warschau auf einer Videokonferenz die Bürgerbewegung »Gemeinsames Polen« (Wspólna Polska) ins Leben. In diesem Zusammenhang kündigt er auch die Gründung einer neuen Gewerkschaft mit dem Namen »Neue Solidarność« (Nowa Solidarność) an, die vor allem Selbständige und Personen in prekären Arbeitsverhältnissen repräsentieren soll. Trzaskowski (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO) trat bei den Präsidentenwahlen im Juni/Juli gegen den damaligen Amtsinhaber und Kandidaten von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Andrzej Duda, an und verlor gegen ihn im zweiten Wahlgang.
19.10.2020	Präsident Andrzej Duda beruft Przemysław Czarnek zum Minister für Bildung und Wissenschaft. Das Ministerium wurde aus zwei Ressorts zusammengelegt. Aufgrund seiner Corona-Erkrankung konnte Czarnek an der Vereidigung aller neuen Minister am 6. Oktober nicht teilnehmen.
19.10.2020	Der Fraktionschef der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament, Manfred Weber, fordert die Europäische Kommission auf, sofortige Maßnahmen im Zusammenhang mit der sich verschlechternden Lage der Rechtsstaatlichkeit in Polen zu unternehmen. Die Regierungskoalition in Polen untergrabe seit Jahren die staatlichen Strukturen, die Justiz inbegriffen. Damit werde ein Fundament der Europäischen Union und das Vertrauen der Bürger und Investoren in die Unabhängigkeit der Justiz infrage gestellt. Ein aktueller Anlass für die Erklärung Webers war, dass die Disziplinarkammer am Obersten Gericht (Sąd Najwyższy – SN) in der vergangenen Woche die Immunität der Richterin Beata Morawiec aufgehoben hat. Dies hatte die Staatsanwaltschaft beantragt, um Morawiec u. a. wegen Veruntreuung und Amtsmissbrauchs anklagen zu können. Die Disziplinarkammer des SN ist auch Gegenstand des Vertragsverletzungsverfahrens der Europäischen Union gegen Polen. Morawiec ist Vorsitzende des Richterverbands »Themis«, der sich gegen die Justizreform der polnischen Regierung wendet.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

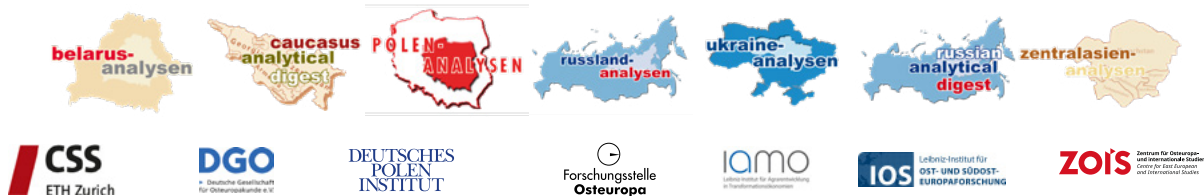
Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2020 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

🐦 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.